
Teilnahmebedingungen

Teilnahmefrist: 28.09.2026, 10:00 Uhr.

Leistung:	TGA-Planungsleistungen Anlagegruppen 410-430, 470, 480 LPH 3-8, § 55 HOAI zum Bau eines neurovaskulären Zentrums
Verfahrensart:	Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb, §§ 17, 74 VgV
Vergabenummer:	2026-KKB-NFR-TGA-Planung-AG 410-430, 470, 480

A. Auftraggeberin

Knappschaft Kliniken Bottrop GmbH
Osterfelder Straße 157
46242 Bottrop

Kontaktstelle

Aurantia Rechtsanwaltsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft über die Vergabeplattform
<https://www.dtyp.de>

B. Leistungsgegenstand

Die Knappschaft Kliniken Bottrop GmbH, Osterfelder Str. 157, 46242 Bottrop beabsichtigt im Erdgeschoss des Hauptgebäudes in einer ehemaligen Bettenstation den Ausbau und die Modernisierung der neurologischen Frührehabilitation vorzunehmen.

Die zur Durchführung dieser Baumaßnahmen erforderlichen TGA-Planungsleistungen, Anlagegruppen 410-430, 470, 480, Leistungsphasen 3-8, § 55 HOAI (Entwurfsplanung, Genehmigungsplanung, Ausführungsplanung, Vorbereitung der Vergabe, Mitwirkung bei der Vergabe, Objektüberwachung – Bauüberwachung und Dokumentation) sind Gegenstand dieses Vergabeverfahrens.

Die Leistungsphasen 1 und 2, § 55 HOAI wurden bereits erarbeitet und sind nicht Gegenstand der Beauftragung. Sämtliche Planungsunterlagen der LP 1 und 2, § 55 HOAI sind den Vergabeunterlagen zur Kenntnis aller Bewerber beigelegt.

Die Beauftragung der benötigten Planungsleistungen erfolgt gemäß HOAI.

C. Planungsvorhaben

Die Knappschaft Kliniken Bottrop GmbH, Osterfelder Str. 157, 46242 Bottrop beabsichtigt im Erdgeschoss des Hauptgebäudes in einer ehemaligen Bettenstation den Ausbau und die Modernisierung der neurologischen Frührehabilitation vorzunehmen.

Die Modernisierung der neurologischen Frührehabilitation dient der Erweiterung und qualitativen Verbesserung des neurologischen Behandlungsspektrums der Knappschaft Kliniken Bottrop. Ziel der Maßnahme ist die Schaffung einer zeitgemäßen und funktional optimierten Station, die den besonderen Anforderungen der neurologischen Frührehabilitation gerecht wird.

Die Planung berücksichtigt insbesondere kurze Wege für Pflege- und Therapieleistungen, eine klare Orientierung innerhalb der Station sowie die Schaffung eines therapeutisch unterstützenden Umfeldes für Patientinnen und Patienten. Durch die Neuordnung der Funktionsbereiche werden sowohl betriebliche Abläufe optimiert als auch die Aufenthaltsqualität verbessert.

Die Maßnahme stellt einen wichtigen Baustein zur zukunftsorientierten Weiterentwicklung des Krankenhausstandortes dar.

Eine Vergrößerung des Gebäudebestandes ist nicht Teil dieser Planung.

Die haustechnischen Anlagen und der Brandschutz müssen an die neuen Nutzungen angepasst werden und werden durch die jeweiligen Fachplanungen untersucht und geplant. Die technische Gebäudeausrüstung ist auf die besonderen Anforderungen eines Krankenhausneubaus sowie der unterschiedlichen medizinischen Nutzungen /Versorgung auszulegen. Dieses umfasst insbesondere die Sanitär- und Medienversorgung, Wärme- und Kälteversorgung, Raumluftechnik, Starkstrom- und Sicherheitsstromversorgung, Kommunikations- und Sicherheitstechnik, Fördertechnik sowie die Gebäudeautomation.

Die Fläche der ehemaligen Patientenstation OB1 im Erdgeschoss des Hauptgebäudes soll ausgebaut werden für die Modernisierung der neurologischen Frührehabilitation.

Das Entwurfskonzept orientiert sich an den funktionalen und betrieblichen Anforderungen einer modernen Abteilung zur neurologischen Frührehabilitation. Im Mittelpunkt der Planung stehen eine wirtschaftliche Flächennutzung, klare Funktionsabläufe sowie eine patientenorientierte Gestaltung.

Die Anordnung der Patientenzimmer, Therapie- und Nebenräume ermöglicht kurze Wege für Pflegepersonal und Therapeutinnen bzw. Therapeuten. Gleichzeitig wird durch die räumliche Struktur eine gute Orientierung innerhalb der Station geschaffen. Die Aufenthaltsqualität wird durch helle, freundliche Materialien und eine übersichtliche Organisation der Nutzungsbereiche unterstützt.

Besondere Berücksichtigung finden die Anforderungen an Barrierefreiheit, Hygiene, Schallschutz sowie die technische Gebäudeausrüstung. Grundlage der Planung bilden die Empfehlungen der Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention (KRINKO) sowie die krankenhaushygienische Fachstellungnahme. Die geplante Raumstruktur mit Ein- und Zweibettzimmern, den zugeordneten Nasszellen sowie den erforderlichen Funktions- und Nebenräumen entspricht grundsätzlich den hygienischen Anforderungen an Pflegeeinheiten. Im weiteren Planungsverlauf werden die Empfehlungen der hygienischen Fachplanung, insbesondere hinsichtlich der Ausstattung einzelner Funktionsräume, der Lagerorganisation sowie der Ausführung hygienischer Handwaschplätze und der Raumluftechnik, berücksichtigt.

Im Zuge der Vorentwurfsplanung wurde die Umsetzung in zwei verschiedenen Baufeldern untersucht.

1. EG, Station 0A mit Technikzentrale 1. UG
2. EG, Station 0B1 mit Technikzentrale 1. UG

Da beide Baufelder aufgrund der Spiegelgleichheit des Baukörpers eine sehr ähnliche Struktur und Grundfläche aufweisen, konnte die Planung in beiden Baufeldern in ähnlicher Qualität und Wirtschaftlichkeit abgebildet werden. Lediglich die Technikzentrale im 1. UG in Variante 2 weist eine deutlich geringere Aufstellfläche auf. Dieser Sachverhalt konnte jedoch in den Voruntersuchungen sowohl technisch und auch statisch positiv verifiziert werden.

Aufgrund der strukturellen Nähe der Neuplanung zur Station in Baukörper 0B2 konnte sich die Bauherrenschaft für die Umsetzung der Variante 2 entscheiden. Diese wurde in der weiteren Vorplanung weiter abgebildet.

Die Planung und spätere Umsetzung erfolgen unter Berücksichtigung des laufenden Krankenhausbetriebes. Die Versorgungssicherheit der bestehenden medizinischen Bereiche ist während sämtlicher Umschluss-, Erweiterungs- und Umbaumaßnahmen sicherzustellen. Erforderliche Provisorien, Bauzustände, Umschaltungen und betriebliche Abstimmungen sind bei der Planung entsprechend zu berücksichtigen.

Die technischen Anlagen sind unter Berücksichtigung der Anforderungen an Energieeffizienz, Nachhaltigkeit, Betriebssicherheit, Wartungsfreundlichkeit und Klimaanpassung zu planen. Die Planung ist mit der Objektplanung, Tragwerksplanung, Bauphysik, Brandschutzplanung, Medizintechnik sowie den weiteren beteiligten Fachplanungen und den betrieblichen Anforderungen des Knappschaft Klinikums Bottrop abzustimmen.

Grundflächen und Rauminhalte der geplanten Maßnahme nach DIN 277:

Brutto-Grundfläche (BGF):	1.132,14 (m ²)
Konstruktionsfläche (KGF):	267,81 (m ²)
Netto-Raumfläche (NRF):	864,34 (m ²)
Nutzungsfläche (NUF):	542,40 (m ²)

Technikfläche (TF):	114,44 (m²)
Verkehrsfläche (VF):	205,38 (m²)
Brutto-Rauminhalt (BRI):	3.855,48 (m³)

Die Vergabe der Bauleistungen wird in Einzelvergaben öffentlich ausgeschrieben.

Kostenrahmen des Bauvorhabens – Kosten nach DIN 276:

300 Bauwerk-Baukonstruktionen: rd. 1.053.449 EUR netto

400 Bauwerk-Technische Anlagen: rd. 1.854.780 EUR netto

Aufteilung KG 400 nach Anlagengruppen:

Anlagengruppe	KG	Kosten netto inkl. Erweiterung
Abwasser-, Wasser-, Gasanlagen	410	267.167,23 €
Wärmeversorgungsanlagen	420	255.253,61 €
Raumlufttechnische Anlagen	430	424.622,52 €
Starkstromanlagen	440	379.724,20 €
Kommunikations-, sicherheits- und informationstechnische Anlagen	450	204.487,39 €
Förderanlagen	460	- €
Nutzungsspezifische / verfahrenstechnische Anlagen	470	19.381,85 €
Gebäude- und Anlagenautomation	480	303.441,51 €

Besondere Bedingungen:

Bereits bei der Planung ist zu berücksichtigen, dass während der Ausführung der Bauleistungen der Betrieb des Krankenhauses nicht beeinträchtigt wird.

Beginn der Planungsleistungen ist unmittelbar nach Auftragserteilung (voraussichtlich 14.12.2026)

Der Baubeginn ist entsprechend dem möglichen Planungsfortschritt gemäß den beauftragten Leistungsphasen für den 02.03.2027 vorgesehen, die Abnahme der Bauleistungen für den 31.05.2029.

Die örtliche Präsenz in Bottrop ist in engen Intervallen gemäß Planungserfordernissen sicherzustellen.

Die personelle Kontinuität bezüglich der Präsenz vor Ort ist möglichst sicherzustellen. Projekt- und Planbesprechungen finden in Bottrop statt.

Der Auftraggeber führt das Vergabeverfahren nach den Vorgaben der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung, VgV). Der Auftraggeber beachtet das Tariftreue- und Vergabegesetz NRW.

Der Auftraggeber schreibt die Leistung europaweit im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens aus.

Das nach §§ 17, 74 VgV geführte Verfahren besteht aus einem Teilnahmewettbewerb und der sich daran anschließenden Auswahl von 3 Bewerbern/Bewerbergemeinschaften, die zur Abgabe eines Erstangebotes und Erstellung eines objektbezogenen Konzeptes zur Umsetzung des Planungsvorhabens aufgefordert werden. Sofern mehr als 3 wertungsfähige Teilnahmeanträge von geeigneten Bewerbern / Bewerbergemeinschaften vorliegen, wird der Auftraggeber eine differenzierende Eignungsprüfung gemäß der beigefügten Wertungsmatrix vornehmen und die 3 Bewerber / Bewerbergemeinschaften zur Angebotsabgabe auffordern, die die höchste Punktzahl erreicht haben. Im Falle von Punktgleichheit entscheidet das Los.

Die aufgeforderten Bieter geben auf der Grundlage der Vergabeunterlagen ein verbindliches Erstangebot ab. Nach Auswertung der Erstangebote erhalten die Bieter die Möglichkeit, in einem Verhandlungstermin ihr Angebot zu präsentieren und über die Vergabeunterlagen zu verhandeln. Anschließend werden alle Bieter aufgefordert, ein überarbeitetes, finales Angebot zu unterbreiten. Auf das wirtschaftlichste Angebot wird der Zuschlag erteilt.

Der Bieter hat mit dem Erstangebot ein objektbezogenes Konzept einzureichen, in dem er die zuschlagsrelevanten Schwerpunkte präsentiert und diese im Verhandlungsgespräch präsentiert. Die Verhandlungsgespräche werden als Präsenztermine in den Räumlichkeiten der Knappschaft Kliniken Bottrop durchgeführt. Grundlage der Zuschlagswertung (Anteil 70%) ist die im Verhandlungstermin gehaltene Livepräsentation.

Nach Prüfung der Angebote (Preis/Qualität) erfolgt der Zuschlag auf Grundlage der bekannt gemachten Zuschlagskriterien.

Die Verfahrensführung erfolgt elektronisch. Teilnahmeanträge (1. Verfahrensstufe) und Angebote (2. Verfahrensstufe) sind ausschließlich elektronisch einzureichen. Sämtliche Kommunikation wird elektronisch geführt.

Termine zur Besichtigung der örtlichen Gegebenheiten zwecks Erstellung der Konzeption/des Erstangebotes können innerhalb der Angebotsfrist (2. Verfahrensstufe) optional auf Anfrage vereinbart werden.

D. Teilnahmeunterlagen

Neben diesen Teilnahmebedingungen werden den Bewerbern folgende Unterlagen zur Verfügung gestellt:

Zum Verbleib beim Bieter:

- Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrages
- Bewertungsmatrix (Auswahlkriterien Teilnahmestufe)
- Zuschlagskriterien

- Besondere Vertragsbedingungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (BVB-Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen)
- Vertragsentwurf für die Erbringung der TGA-Fachplanungsleistungen

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen/Nachweise einzureichen:

- ausgefüllter Teilnahmeantrag (Formblatt)
- Eigenerklärung des Bewerbers, dass die Leistungen unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen - § 73 Abs. 3 VgV (frei zu erstellen)
- Eigenerklärung des Bewerbers zur wirtschaftlichen Verknüpfung - § 124 (1) Nr. 5 GWB (frei zu erstellen)
- Eigenerklärung Sanktionen Russland (Formblatt)
- Eigenerklärung des Bewerbers - Ausschlussgründe - §§ 123 und 124 GWB (Formblatt 521 EU)
- Bietergemeinschaftserklärung (Formblatt)
- Einsatz Nachunternehmer (Formblatt)
- Erklärung Nachunternehmer (Formblatt)
- Eignungsleihe (Formblatt)
- Verpflichtungserklärung Eignungsleihe (Formblatt)
- Umsatzzahlen (Formblatt)
- Erklärung eines Versicherungsunternehmens/Berufshaftpflichtversicherung
- Nachweis Berechtigung der Führung der Berufsbezeichnung - §§ 44, 75 VgV
- Handelsregistrauszug nicht älter als 6 Monate ab Bekanntmachung der Vergabe
- Referenzen

E. Verfahrensablauf des Teilnahmewettbewerbs

1. Anmeldung und Rückfragen

Auf Basis der Bekanntmachung können interessierte Bieter einen Teilnahmeantrag zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren nach §§ 17, 74 VgV (Formblatt) erstellen. Auf der Vergabeplattform: <https://www.dtvp.de> werden alle Bieterinformationen, Verfahrensangaben und Teilnahmebedingungen zur Verfügung gestellt, Bieteranfragen beantwortet und ggf. Änderungen und Konkretisierungen der Vergabeunterlagen mitgeteilt. Die Bewerber sind verpflichtet, sich durch regelmäßige Einsichtnahme auf

der Plattform zu informieren. Informationen, die auf der Vergabeplattform bereitgestellt wurden, gelten am nächsten Werktag (außer Samstag) als zugegangen.

Die weiteren Verfahrensbedingungen ergeben sich aus den bereitgestellten Vergabeunterlagen. Die Inhalte der Vergabeunterlagen sind bei der Erstellung der Teilnahmeanträge zwingend zu berücksichtigen.

Sollten sich bei der Erstellung der Teilnahmeanträge Rückfragen ergeben, so sind diese unverzüglich ausschließlich elektronisch über das Vergabeportal <https://www.dtv.de>, dort über den Bereich Kommunikation zu dem o.g. Vergabeverfahren zu übermitteln. Hierzu ist eine kostenlose Registrierung des Unternehmens auf <https://www.dtv.de/Center/company/registration> erforderlich. Fragen sind in deutscher Sprache zu formulieren. Die Antworten auf dem Auftraggeber gestellte Fragen werden allen interessierten Unternehmen in anonymisierter Form über den Bereich Kommunikation zugänglich gemacht. Etwaige Korrekturfassungen der Vergabeunterlagen werden ausschließlich auf dem o.g. Portal, dort im Bereich „Vergabeunterlagen“ zu dem o.g. Vergabeverfahren, zur Verfügung gestellt. Die interessierten Unternehmen haben sich regelmäßig zu informieren.

Telefonische Auskünfte werden **nicht** erteilt.

Rückfragen im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs sind möglichst zu stellen bis zum

21.09.2026

Später eingehende Rückfragen werden nicht mehr beantwortet.

2. Bewerbungsfrist

Der **Teilnahmeantrag** entsprechend der unter D. genannten Anforderungen ist bis spätestens zum

28.09.2026, 10:00 Uhr

elektronisch und in deutscher Sprache über das Vergabeportal <https://www.dtv.de>, dort über den Bereich „Teilnahmeanträge“ zu dem o.g. Vergabeverfahren durch Nutzung des sog. Bietertools, einzureichen. Hierzu ist die kostenlose Registrierung Ihres Unternehmens auf <https://www.dtv.de> erforderlich.

Bewerbungen, welche die gem. diesen Verdingungsunterlagen genannten Anforderungen nicht erfüllen, können von der Wertung ausgeschlossen werden.

Es sind nur die geforderten Unterlagen einzureichen. Darüber hinaus gehende oder abweichend eingereichte Unterlagen werden bei der Wertung nicht berücksichtigt.

3. Aufteilung in Lose

Eine Teilung der Gesamtleistung/TGA-Planung in Lose ist **nicht** vorgesehen.

4. Nebenangebote

Nebenangebote sind **nicht** zugelassen.

5. Zurückziehen des Teilnahmeantrags

Über das genannte Vergabeportal, dort über den Bereich „Teilnahmeanträge“ zu dem o.g. Vergabeverfahren, können Sie den Teilnahmeantrag über das Aktionselement „zurückziehen“ bis zum Ablauf der Teilnahmefrist zurückziehen.

Eine umfassende Anleitung zur Verwendung des Vergabeportals zur elektronischen Abgabe von Unterlagen finden Sie auf den Support-Seiten der Firma Cosinex unter folgendem Link:
<https://support.cosinex.de/unternehmen>

6. Prüfung der Teilnahmeanträge

Alle fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge wird der Auftraggeber formell und materiell prüfen. Insbesondere wird er prüfen, ob die Bewerber die für diesen Auftrag notwendige Eignung, wirtschaftliche, technische und berufliche Leistungsfähigkeit besitzen.

Der Auftraggeber beabsichtigt, 3 Bewerber / Bewerbergemeinschaften, zur Abgabe eines Erstangebotes auf der Grundlage der Vergabeunterlagen aufzufordern. Sofern mehr als 3 wertungsfähige Teilnahmeanträge von geeigneten Bewerbern / Bewerbergemeinschaften vorliegen, wird der Auftraggeber eine differenzierende Eignungsprüfung gemäß der beigefügten Bewertungsmatrix vornehmen und die 3 Bewerber / Bewerbergemeinschaften zur Angebotsabgabe auffordern, die die höchste Punktzahl erreicht haben. Im Falle von Punktgleichheit entscheidet das Los.

Die aufgeforderten Bieter geben auf der Grundlage der Vergabeunterlagen ein verbindliches Erstangebot sowie ein objektbezogenes Konzept zur Umsetzung des Planungsvorhabens ab. Nach Auswertung der Erstangebote erhalten die Bieter die Möglichkeit, in einem Verhandlungstermin ihr Angebot zu präsentieren und über die Vergabeunterlagen zu verhandeln. Anschließend werden alle Bieter aufgefordert, ein überarbeitetes, finales Angebot zu unterbreiten. Auf das wirtschaftlichste Angebot wird der Zuschlag erteilt. Die Angebote und das Konzept sind elektronisch einzureichen.

Nach den derzeitigen Planungen sollen die Bewerber am

12.10.2026

zur Abgabe eines **Erstangebotes** aufgefordert werden. Die Aufforderung erfolgt elektronisch über das Vergabeportal <https://www.dtv.de>.

Die Abgabe der **Erstangebote** ist für den **09.11.2026, 10:00 Uhr** vorgesehen.

Die Durchführung der **Verhandlungsgespräche/Livepräsentationen** ist für den

16/17.11.2026

vorgesehen. Der Auftraggeber behält sich vor, aus sachlich gerechtfertigten Gründen von diesem Zeitplan abzuweichen. In diesem Fall werden den Bewerbern rechtzeitig die neuen Fristen mitgeteilt.

Diejenigen Bewerber, die nicht zur Abgabe eines Erstangebotes aufgefordert werden, werden über diese Entscheidung in Textform unterrichtet.

F. Erstellung des Teilnahmeantrages

1. Allgemeine Hinweise

Die vorgegebenen Musterformulare dienen der Herstellung größtmöglicher Vergleichbarkeit der eingereichten Teilnahmeanträge.

Musterformulare können je nach Bedarf dupliziert werden. Sollten im Einzelfall weitere Zeilen oder Tabellen erforderlich sein, dürfen diese ergänzt werden. Im Übrigen wird darum gebeten, die Formblätter nicht weiter zu verändern.

Es ist zu beachten, dass die Musterformulare nicht sämtliche Angaben abdecken, die nach der Bekanntmachung gefordert sind. Für Angaben, für die nachfolgend kein Musterformular enthalten ist, kann der Bewerber eigene Muster verwenden.

Im Rahmen der Teilnahmeanträge steht es jedem Teilnehmer frei, in welcher Bewerberkonstellation (Einzelbewerber, mit oder ohne Nachunternehmen, Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft, etc.) er sich beteiligen möchte. Für die jeweiligen Bewerberkonstellationen sind die jeweils gesondert aufgeführten Bedingungen zu beachten.

Die unter D. genannten Angaben müssen jedem Teilnahmeantrag beigelegt werden. Für die Erstellung des Teilnahmeantrags sind von den interessierten Unternehmen zu der Bekanntmachung die nachfolgenden Regelungen zu beachten.

2. Aufbau des Teilnahmeantrags

Interessierte Teilnehmer, die sich an dem Verfahren beteiligen möchten, haben die nachfolgenden Nachweise und Erklärungen vorzulegen:

1) Teilnahmeantrag (Formblatt Teilnahmeantrag)

2) Dem Teilnahmeantrag beizufügen ist eine

- a) Eigenerklärung des Bewerbers, dass die Leistungen unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen - § 73 Abs. 3 VgV (keine Formvorlage, frei zu erstellen)
- b) Eigenerklärung des Bewerbers zur wirtschaftlichen Verknüpfung - § 124 Nr. 5 GWB (keine Formvorlage, frei zu erstellen)
- c) Eigenerklärung des Bewerbers - §§ 123 und 124 GWB (Formblatt EU 521) Bei Bietergemeinschaften ist die Erklärung von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft

zu erbringen. Bei einer Bewerbung mit Nachunternehmer/n ist die Erklärung von allen Nachunternehmern zu erbringen.

- d) Bescheinigung der Berufshaftpflicht - § 45 VgV. Erklärung eines Versicherungsunternehmens, dass mit dem Bewerber im Auftragsfall eine Berufshaftpflichtversicherung über mindestens 3,0 Mio. Euro für Personenschäden und 3,0 Mio Euro für sonstige Schäden abgeschlossen wird oder eine solche Versicherung bereits ständig abgeschlossen ist.
- e) Nachweis Berechtigung der Führung der Berufsbezeichnung - §§ 44, 75 VgV
- f) Eigenerklärung Sanktionen Russland (Formblatt)
- g) Nachweis der Anerkennung des Fachplanungsbüros als Fachfirma für Brandmelde- und Sprachalarmierungsanlagen gem. DIN 14675 (Planung und Abnahme).
- h) Nachweis der Fachkunde als Fachplaner für Rufanlagen nach DIN VDE 0834.
- i) Zertifizierung nach DIN VDI 6022 (Lufthygiene) und DIN VDI 6023 (Trinkwasserhygiene), jeweils Kategorie A.
- j) staatliche Anerkennung als Sachverständige(r) für Schall- und Wärmeschutz und/oder als Energieeffizienzexperte(n) für Nichtwohngebäude.

Als vorläufiger Beleg der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen wird die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) nach § 50 VgV akzeptiert.

Im Falle der Vorlage einer EEE haben Bewerbergemeinschaften für alle Mitglieder eine separate EEE abzugeben. Von Nachunternehmern und Unternehmen, deren Kapazitäten sich der Bewerber bedienen will (Eignungsleihe), ist ebenfalls eine separate EEE einzureichen.

Weitere Dokumente:

- Im Falle des Zusammenschlusses zu einer Bietergemeinschaft ist die Einreichung einer Bietergemeinschaftserklärung erforderlich (Formblatt Bietergemeinschaftserklärung).
- Bei Bewerbergemeinschaften sind die geforderten Erklärungen und Nachweise von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erbringen.
- Im Falle der Bewerbung als Beratungsbüro mit Nachunternehmer/n sind alle Nachunternehmer namentlich mit Kontaktdaten anzugeben sowie weiterhin anzugeben, welche Leistungsteile von welchem Nachunternehmer erbracht werden. (Formblatt Nachunternehmer).
- Bei einer Bewerbung als Beratungsbüro mit Nachunternehmer/n sind die geforderten Erklärungen und Nachweise von allen Nachunternehmern zu erbringen.
- Die ausgefüllte und vom Nachunternehmer unterschriebene „Nachunternehmererklärung“ ist nur dann dem Teilnahmeantrag beizufügen, wenn sich der Bewerber/Bietergemeinschaft auf die Fachkunde (Referenzen) dieses Nachunternehmers beruft.
- Im Fall der Eignungsleihe ist das Formblatt „Eignungsleihe“ einzureichen.

- Im Fall der Eignungsleihe hat das eignungsverleihende Unternehmen die „Verpflichtungserklärung Eignungsleihe“ abzugeben sowie die einschlägigen Eignungsnachweise vorzulegen.

3) Angaben zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit

- a) Das ausgefüllte Formblatt „Umsatzzahlen“. Nachweis des Gesamtumsatzes der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (2023 – 2025) sowie über den Umsatzteil, der innerhalb dieses Zeitraums mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbaren Leistungen erzielt wurde, beides in Euro brutto. Im Fall der Beteiligung als Bietergemeinschaft ist für jedes Mitglied ein ausgefülltes Formblatt vorzulegen.
- b) Erklärung eines Versicherungsunternehmens, dass mit dem Bewerber im Auftragsfall eine Berufshaftpflichtversicherung über mindestens 3,0 Mio. Euro für Personenschäden und 3,0 Mio. Euro für sonstige Schäden abgeschlossen wird oder eine solche Versicherung bereits ständig abgeschlossen ist. Im Fall der Beteiligung als Bietergemeinschaft ist für jedes Mitglied ein entsprechender Nachweis vorzulegen.
- c) Jeder Bewerber hat einen aktuellen Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister mit dem Teilnahmeantrag einzureichen, der nicht älter als 6 Monate ab dem Tag der Veröffentlichung der Bekanntmachung ist. Im Fall der Beteiligung als Bietergemeinschaft hat jedes Mitglied der Bietergemeinschaft einen Berufs- oder Handelsregisterauszug vorzulegen. Ebenso ist ein Handelsregisterauszug von jedem Nachunternehmer abzugeben, auf dessen Referenzen sich der Bewerber bzw. die Bewerbungsgemeinschaft beruft.

4) Angaben zur technischen Leistungsfähigkeit

- a) Erklärung über die Befähigungen des bzw. der für die Erbringung der Leistung verantwortlichen Projektleiters/in. Angaben zu Projektleitung mit Nachweis der Qualifikation: Nachweis Eintragung berufsständische Kammer oder Diplomurkunde (oder vergleichbar), Lebenslauf, je nach Planungsaufgabe ggf. mit persönlichen Referenzprojekten, sehr gute Deutschkenntnisse (fließend in Wort und Schrift; mindestens entsprechend CEFR Stufe C1).
- b) Angaben zur stellvertretenden Projektleitung mit Nachweis der Qualifikation: Nachweis Eintragung berufsständische Kammer oder Diplomurkunde (oder vergleichbar), Lebenslauf, je nach Planungsaufgabe ggf. mit persönlichen Referenzprojekten, sehr gute Deutschkenntnisse (fließend in Wort und Schrift; mindestens entsprechend CEFR Stufe C1).
- c) **Anforderung an das Projektteam (PL und stellvertretende PL)**
 - PL mindestens 10 Jahre Berufserfahrung im Krankenhausbau

- Stellvertretende PL mindestens 5 Jahre Berufserfahrung im Krankenhausbau
- PL und stellvertretende PL nachgewiesene Erfahrung mit Umbaumaßnahmen im laufenden Krankenhausbetrieb (fachspezifische Qualifikation und persönliche Referenzen)

5) Angaben zur technischen Leistungsfähigkeit - Referenzen

5.1 Auswahl-Kriterium (zwingend)

Es sind mindestens 3 Referenzen mit den nachstehenden in a. und b. genannten Mindestanforderungen vorzulegen. Die Vorlage von mehr als 3 Referenzen ist zugelassen. Die jeweils 3 für den Teilnehmer günstigsten Referenzen fließen in die Wertung ein. Die Vorlage von weniger als 3 Referenzen, die die Anforderungen nach a. und b. erfüllen, führt zum Ausschluss des Teilnahmeantrages.

- Alle Referenzen müssen abgeschlossene Umbauten von Krankenhäusern und/oder medizinischen Einrichtungen mit einer Umbaufläche von mindestens 900 m² betreffen.
- Alle Referenzen** müssen abgeschlossene Baumaßnahmen (Vorlage Bauherrenenerklärung ausreichend) der letzten 5 Jahre betreffen. Zeitraum gerechnet ab dem Tag der Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge.

5.2 Referenzen, die die vorstehenden Voraussetzungen der Nr. 5.1 a. und b. erfüllen, werden nach den folgenden Kriterien bewertet:

	Punkte je Referenz max		
	R1	R2	R3
a. Referenz betrifft den Umbau einer medizinischen Station	5	5	5
b. Umbau im laufenden Krankenhausbetrieb	5	5	5
c. Leistungen für öffentlichen Auftraggeber (kirchliche Auftraggeber werden in diesem Kontext als öffentliche Auftraggeber gewertet)	5	5	5
d. Ausführung mindestens der Leistungsphasen 3-8, § 55 HOAI	5	5	5
e. Gesamthafte Ausführung der Anlagengruppen 410, 420, 430, 470, 480	5	5	5

Zusätzliche Anforderung: für 1 der 3 Referenzen:

Baukosten nach DIN 276 (300+400) brutto $\geq$ 1,5 Mio €

5

1x erreichbar

- **Summe Punktzahl je Referenz:** 25

- **Maximale Punktzahl über 3 Referenzen
plus Erfüllung zusätzlicher Anforderungen** 80

Die Kriterien werden wie folgt je vorgelegter Referenz bewertet:

Kriterium erfüllt	=	volle Punktzahl (5 Punkte)
Kriterium nicht oder nicht voll erfüllt	=	keine Punkte (0 Punkte)

Im Falle der Teilnahme einer Bietergemeinschaft sind die Referenzanforderungen erfüllt, sofern ein Mitglied oder die Mitglieder der Bietergemeinschaft in Summe über die geforderten Referenzprojekte verfügt.

Für die Wertungsfähigkeit der Referenzen müssen jeweils folgende Unterangaben vorhanden sein:

- Auftraggeber (Adresse, Ansprechpartner, Telefonnummer, E-Mail)
- Kurze Beschreibung des Projekts
- Projektzeitraum
- Angabe der in dem Projekt erbrachten Leistungen der TGA-Planung
- Kosten der KG 400

Die Referenzen müssen darüber hinaus mindestens Angaben enthalten, ob sie als Hauptunternehmer, Bietergemeinschaft oder Nachunternehmer erbracht worden sind.

Die Referenzen dienen neben den Ausschlusskriterien als Auswahlkriterien zur Reduzierung der Bewerberzahl auf 3 Bewerber, die zur Abgabe eines Erstangebotes aufgefordert werden.

Jede der drei eingereichten Referenzen, die die zwingend genannten Voraussetzungen erfüllt, wird mit Punkten von 0-25 (0 oder 5 Punkte pro Kriterium) bewertet. Die Erfüllung der Zusatzanforderung wird einmalig mit 5 Punkten bewertet.

Der Bewerber kann über 3 Referenzen plus Zusatzanforderung maximal 80 Punkte erreichen. Bei Gleichstand entscheidet das Los.

Die **Bewertungsmatrix** wird als Dokument „Bewertungsmatrix“ zum Download bereitgestellt.

Ein Hinweis auf eine etwaige Präqualifizierung eines Bieters / Mitglied einer Bietergemeinschaft / Nachunternehmer kann die Vorlage der gemäß D. dieser Teilnahmebedingungen geforderten Nachweise, Erklärungen und Referenzen nur insoweit ersetzen, soweit sich diese decken.

G. Verhandlungsgespräche

Die aufgeforderten Bieter geben auf der Grundlage der Vergabeunterlagen ein Erstangebot ab. Nach Auswertung der Erstangebote erhalten die Bieter die Möglichkeit, in einem Verhandlungstermin ihr Angebot zu präsentieren und über die Vergabeunterlagen zu verhandeln. Anschließend werden alle Bieter aufgefordert, ein überarbeitetes, finales Angebot zu unterbreiten. Auf das wirtschaftlichste Angebot wird der Zuschlag erteilt.

Der Bieter hat mit dem Erstangebot ein objektbezogenes Konzept (max. 10 Seiten) einzureichen, in dem er im Schwerpunkt nachfolgende Punkte darlegt und diese im Verhandlungsgespräch präsentiert.

Grundlage der Zuschlagswertung (a. – c., Gesamtwertungsanteil 70 %) ist die im Verhandlungstermin gehalten Livepräsentation.

Konzeption einer TGA-Planungsleistung unter Berücksichtigung der nachfolgenden a. – c.

a. Projektorganisation

Bürovorstellung, Projektteam, Projektorganisation
Vertretungsregelung, Verfügbarkeit vor Ort, Erreichbarkeit,
Kommunikationswege, Protokollierung/Dokumentation,
Informationsaustausch, DAD- u. AVA-Programme,
Einstieg in das Projekt, Qualitätssicherung

b. Herangehensweise

Umgang mit der Aufgabe und Herangehensweise an das Projekt,
Darstellung eines Projektablaufs einer beispielhaften vergleichbaren
Leistungsbeschreibung,
Vorstellung von Methoden zur Erreichung besonders wirtschaftlicher Lösungen,
Vorstellung von Methoden zur Erreichung nachhaltiger Lösungen

c. Termine und Kosten

Methoden zur Einhaltung vorgegebener Termine,
Angaben zum geschätzten Zeitbedarf,
Methoden zur Erreichung einer Kostensicherheit,
Methoden der Termin und Kostenverfolgung

d. Honorar

30%

0,00 – 5,00 Punkte

H. Zuschlagskriterien / Angebotsbewertung

Der Zuschlag erfolgt auf das wirtschaftlichste Angebot nach Maßgabe der festgelegten Zuschlagskriterien. Die Zuschlagskriterien werden als Dokument „**Zuschlagskriterien**“ zum Download bereitgestellt.

I. Vordrucke

Für diejenigen einzureichenden Nachweise, Erklärungen und Angaben, für die ein Vordruck zur Verfügung gestellt worden ist, sind diese Vordrucke von den interessierten Unternehmen zu verwenden.

Die Unterlagen des Teilnahmeantrags sind insgesamt in deutscher Sprache einzureichen. Ausländische Bewerber müssen den einzureichenden Nachweisen, Angaben und Erklärungen ggf. Übersetzungen beifügen.

J. Nachforderung

Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Angaben, Erklärungen und Nachweise nachzufordern. Sofern der Bewerber dieser Aufforderung nicht oder nicht fristgerecht nachkommt, führt dies zum Ausschluss aus dem Teilnahmewettbewerb.

K. Abgabe des Teilnahmeantrags

Der Teilnahmeantrag entsprechend der unter D. genannten Anforderungen ist bis spätestens zum

28.09.2026, 10:00 Uhr

elektronisch und in deutscher Sprache über das Vergabeportal <https://www.dtpv.de>, dort über den Bereich „Teilnahmeanträge“ zu dem o.g. Vergabeverfahren durch Nutzung des sog. Bietertools, einzureichen. Hierzu ist die kostenlose Registrierung Ihres Unternehmens auf <https://www.dtpv.de> erforderlich.

L. Aufwandsentschädigung

Die den Bewerbern entstandenen Kosten für die Erstellung der Teilnahmeanträge oder sonstige mit der Erstellung verbundene Aufwendungen werden von dem Auftraggeber nicht erstattet.

M. Verfahrensänderungen

Der Auftraggeber behält sich vor, bei Vorliegen wichtiger Gründe den Ablauf des Verfahrens zu jedem Zeitpunkt zu ändern oder zu beenden. Über etwaige Änderungen oder eine Beendigung wird der Auftraggeber alle Interessenten zeitgleich durch einfache Mitteilung informieren. Bei der Entscheidung über Änderungen wird der Auftraggeber die allgemeinen vergaberechtlichen Grundsätze Wettbewerb, Gleichbehandlung und Transparenz beachten.

N. Sprache

Sämtlich, dass Vergabeverfahren betreffende Unterlagen sind in deutscher Sprache abzufassen. Einem Schriftstück, das in einer anderen Sprache eingereicht wird, ist eine beglaubigte oder von einem öffentlich bestellten oder beeidigten Übersetzer oder Dolmetscher angefertigte Übersetzung beizufügen.

O. Rügepflicht

Das Vergabeverfahren unterliegt den Vorschriften über das Nachprüfungsverfahren vor den Vergabekammern (§ 155 GWB).

Gemäß § 160 Absatz 3 Satz 1 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit:

- 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt.*
- 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*
- 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist der Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*
- 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.*

P. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs- /Nachprüfungsverfahren

Zuständige Stelle für die Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen ist die:

Vergabekammer des Bundes	Telefon:	+49(228)94990
Bundeskanzlerplatz 2-10	Fax:	+49(228)9499163
53113 Bonn	Mail:	vk@bundeskartellamt.bund.de